

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Zur Arbeitssituation an beruflichen Schulen

- forsa-Umfrage

Schöner Beruf schwer gemacht

- Statement der GEW-Landesvorsitzenden

Kita gebührenfrei

- Pro und Contra

Eltern fragen – Michael Rux antwortet

- Eltern unter sich

Über den Tellerrand

- Blick nach Niedersachsen

FridaysForFuture

- Themenblock zur Meinungsbildung

Inhaltsverzeichnis

Zur Arbeitssituation an den beruflichen Schulen forsa-Umfrage des Berufsschullehrerverbands.....	3
„Schöner Beruf schwer gemacht“ Statement der GEW-Landesvorsitzenden	7
Jedes Kind hat Anspruch auf kostenfreie Bildung – von Anfang an Pro gebührenfreie Kitas	12
Chancengerechtigkeit statt Gießkannenpolitik contra gebührenfreie Kitas	13
JOBwärts für Hauptschüler Schulische Nachbetreuung im ersten Ausbildungsjahr	14
A(ZU)BIwärts für Realschüler Langzeitpraktika als Klebeeffekt	16
Eltern fragen – Michael Rux antwortet Eltern unter sich	17
Unsere Forderungen für den Klimaschutz #FridaysForFuture	18
Parents For Future Wer wir sind	20
Verantwortungsfreudige Schülerinnen und Schüler – Sind wir erwünscht?	20
Stellungnahme des LEB Baden-Württemberg – zu „Fridays for Future!“	21
Das Engagement unserer Schüler für den Klimaschutz ernst nehmen Brief der Kultusministerin an die Schulleitungen ...	22
Cartoon zum Schluss	24

Liebe Eltern!

Nun also noch mal ein Editorial, bei dem es zumindest im ersten Teil um *Fridays for Future* geht. Die Klimakatastrophe schreitet weltweit voran. Kinder, Jugendliche, Schülerinnen und Schüler protestieren in vielen Ländern dieser Erde für den Klimaschutz und für ihre Zukunft auf diesem Planeten. In den USA leugnet der Präsident gänzlich unberührt von Vernunft und völlig unbeeindruckt von Fakten den Klimawandel – bei uns in Baden-Württemberg überlegt sich eine ganze Reihe von Menschen, wie sie verwaltungstechnisch korrekt mit dem Streik der Schülerinnen und Schüler umgehen sollen. *Difficile est, satiram non scribere* – es ist schwer keine Satire zu schreiben, schrieb Juvenal schon im 1. Jahrhundert. Wohltuend hebt sich von vielen Äußerungen zum Thema Schülerdemos die Pressemitteilung unserer Kultusministerin ab, die wir in diesem Heft ebenso abdrucken wie einen Artikel von *Fridays for Future Deutschland*, eine Stellungnahme des Landeselternbeirats und eine Stellungnahme des Landeselternbeirates. Die Positionierung der Kultusministerin ist so besonnen, pädagogisch und wohl abgewogen, wie ich mir mehr Äußerungen zu dem Thema wünschen würde – auch von Seiten mancher Schulleitungen. (Kleiner semantischer Hinweis an den einen oder anderen Missversther: Wenn ich „manche“ schreibe, meine ich damit „einige“, nicht notwendigerweise „die Mehrzahl“. Ansonsten halte ich es mit dem Satz: „Getroffene Hunde bellen.“ Auch hier ein semantischer Hinweis: Das ist eine Metapher – es liegt mir fern, Rektoren als Hunde zu bezeichnen – das wäre in mehrfacher Hinsicht zynisch und das will ich wahrlich nicht sein.) Mir liegen mittlerweile auch eine ganze Reihe von kreativen, pädagogischen und klugen Reaktionen aus der Lehrerschaft und von Schulleitungen auf die Schülerdemos vor. Wohltuend viele haben sich mit dem Anliegen der Schülerinnen und Schüler solidarisiert. An der Schule meiner Tochter z. B. konnten Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler in einer Veranstaltung ihren ökologischen Fußabdruck ermitteln – für viele ein eindrückliches und nachhaltiges Aha-Erlebnis. Versuchen Sie es doch selbst mal, z. B. auf der Seite von *Brot für die Welt* unter <https://www.fussabdruck.de/>



Dr. Carsten T. Rees,
Vorsitzender des
18. Landeselternbeirats

Ein weiteres Thema, das gerade bundesweit wieder hoch kocht, schneiden wir in diesem Heft an: Die frühkindliche Bildung. Die kann man nach Meinung nicht nur des LEB nicht hoch genug gewichten, und Baden-Württemberg hat in der letzten Legislaturperiode unter dem Motto „Auf den Anfang kommt es an“ vieles aufgeholt, was über lange Jahre sträflichst vernachlässigt worden war. Der LEB hat sich auf seiner Mai-Sitzung mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ befasst. Wir werden uns wohl mindestens noch einmal damit befassen müssen – noch überwiegen Fragen und Skepsis. Die werden dann ja vielleicht durch ein „Die-Regierung-in-Berlin-ist-einfach-Spitze-Gesetz“ weggewischt.

Und last but not least möchte ich mich bei den beiden Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch und Andreas Schwarz herzlich bedanken für ihre Beiträge zu *PRO und CONTRA Kita gebührenfrei* in dieser Ausgabe von Schule im Blickpunkt. Die klaren Positionierungen dieser Beiträge sind ein wichtiger Beitrag zur Information und Positionierung der Elternschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten T. Rees

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees (ctr) – Redaktionsleitung: Joachim Dufner (jd), Am Feuerbach 13, 77654 Offenburg, Mitarbeiterin: Carmen Haaf (ch). – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 12,– zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers oder des Verlags. Zuschriften nur an den Koordinator. Die Datenschutzbestimmungen der Neckar-Verlag GmbH können Sie unter www.neckar-verlag.de einsehen.

ThemenBlock: Zur Meinungsbildung – FridaysForFuture

Unsere Forderungen für den Klimaschutz

#FridaysForFuture

Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit.

Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und so zu verhindern, dass die Kippunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.

Das Pariser Abkommen ist die verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzmaßnahmen, die auf internationaler Zusammenarbeit basiert. Der aktuelle klimapolitische Kurs in Deutschland ist mit diesem Abkommen unvereinbar und muss durch ein auf dem 1,5°C-Ziel beruhendes Klimaschutzgesetz sowie eine zukunftsorientierte und nachhaltige Zusammenarbeit auf europäischer und globaler Ebene ersetzt werden. In dieser Politik muss sich der Gedanke der Klimagerechtigkeit widerspiegeln. Entscheidungen, die zu Lasten ärmerer Regionen und künftiger Generationen getroffen werden, sind inakzeptabel.

Fridays For Future Deutschland fordert die Regierungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene auf, die Klimakrise als solche zu benennen und sofortige Handlungsinitiative auf allen Ebenen zu ergreifen. Noch haben wir die Chance und damit die Verantwortung, eine Klimakatastrophe abzuwenden. Für den notwendigen Wandel müssen sektorenübergreifend grundlegende Veränderungen stattfinden. Vor allem in den Sektoren Energieerzeugung, Wohnen und Bauen, Industrie, Transport und Verkehr sowie Landwirtschaft sind enorme Anstrengungen nötig. Das wirtschaftliche Handeln darf nicht weiterhin planetare Grenzen überschreiten.

Fridays For Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. Explizit fordern wir für Deutschland:

- Nettonull 2035 erreichen
- Kohleausstieg bis 2030
- 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- ¼ der Kohlekraft abschalten
- Eine CO₂-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180 Euro pro Tonne CO₂.

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

Moliere

Die Verwirklichung dieser Forderungen muss sozial verträglich gestaltet werden und darf keinesfalls einseitig zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen. Diesbezüglich müssen die Regierungen entsprechende Konzepte vorlegen.

Der Staat muss seiner Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.

Uns ist bewusst, dass diese Forderungen ambitioniert sind, doch wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, werden wir das 1,5°C-Ziel verfehlen. Die dadurch entstehenden Schäden werden nicht reparabel sein.

Um eine Wende zu erreichen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden kann, fordern wir absolute Transparenz und faktenbasierte Aufklärung für alle Bürger*innen. Alle getroffenen Maßnahmen müssen unabhängigen wissenschaftlichen Kontrollen unterliegen, die ihre Wirksamkeit beurteilen. Vor allem junge Menschen müssen wegen ihrer besonderen Betroffenheit stärker in den demokratischen Prozess einbezogen werden.

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. Da die Politik diese kaum wahrnimmt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken, bis gehandelt wird!

Wir als Fridays For Future Deutschland sind eine überparteiliche Bewegung gleichgesinnter Klimaaktivist*innen und solidarisieren uns mit allen, die sich friedlich für unsere Forderungen einsetzen.



Fridays For Future Deutschland
Lucas Pohl

Lorentzendam 6–8 24103 Kiel
E-Mail: impressum@fridaysforfuture.de

Glossar – Unsere Forderungen für den Klimaschutz

1,5°C-Ziel: Das Ziel, die Erderwärmung langfristig auf unter 1,5 Grad gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung zu begrenzen.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Eine Resolution der Vereinten Nationen (UN), in der in 30 Artikeln festgehalten ist, welche grundlegenden Rechte jedem Menschen unabhängig von Wohnort, Religion, Geschlecht etc. zustehen sollten.

Artikel 20a Grundgesetz: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

CO₂-Steuer: Je nachdem, welche Menge Treibhausgase ausgestoßen wird, muss der Verursacher dafür Geld zahlen. So wird bewirkt, dass der Treibhausgasausstoß verringert wird. Bei der Einführung der Steuer wird ein Startpreis festgesetzt, der dann ansteigt.

Energieversorgung: Die Versorgung mit Energie einschließlich Energieträgern. Eine 100% erneuerbare Energieversorgung bedeutet also, dass auch der Energiebedarf in anderen Sektoren als der Stromerzeugung, wie z. B. im Verkehr oder der Wärmebereitstellung, durch erneuerbare Energien gedeckt wird.

Erneuerbare Energien: Energiequellen, die (fast) unendlich genutzt werden können oder nachwachsen (Wind, Sonne, Wasserkraft, Biomasse, Erdwärme, Gezeiten).

Existenziell: lebenswichtig, betrifft die Existenz- und Lebensgrundlagen und damit das Überleben.

Fossile Energieträger: Kohle, Öl und Gas.

Industrialisierung: Ein Prozess, bei dem Handarbeit durch Fabrikarbeit abgelöst wurde.

Initiative: Erster Handlungsschritt.

IPCC: Intergovernmental Panel on Climate Change, der Weltklimarat. Hier erarbeiten tausende Wissenschaftler*innen ehrenamtlich eine Zusammenfassung des weltweiten Wissensstandes zum Klimawandel.

Kipppunkte des Klimas: Übergang von einem Zustand des Klimas in einen neuen. Dies passiert bei Überschreitung einer bestimmten Erwärmung sehr schnell und kann später nicht mehr rückgängig gemacht werden. Erwärmen wir die Erde weiter, wird beispielsweise der tropische Regenwald absterben, der große Mengen an Kohlenstoff speichert. Dadurch würden große Mengen an Treibhausgasen freigesetzt werden, die die Erderwärmung zusätzlich antreiben würden.

Klimagerechtigkeit: Die Länder mit einem großen Treibhausgasausstoß müssen ihre Verantwortung dafür übernehmen und gemeinsam mit den ärmeren Ländern Lösungen suchen und umsetzen.

Klimakrise: Die nie dagewesene Herausforderung für die Menschheit durch den Klimawandel.

Klimaschutzgesetz: Ein Gesetz, mit dem sich die Bundesregierung verbindlich verpflichtet, kurzfristige und langfristige Klimaziele einzuhalten, und verbindliche Vorgaben und Maßnahmen für das Erreichen der Ziele in den verschiedenen Sektoren festlegt.

Klimasystem: Zusammenfassung aller Bestandteile, die das Klima bilden und verändern (Atmosphäre, Ozeane, Seen, Flüsse, Eis und Schnee, Böden und Gestein, Biosphäre).

Kommunalebene: Die politische Verwaltung in Gemeinden und Städten.

Nettonull: Es wird nur die Menge Treibhausgase ausgestoßen, die durch natürliche Prozesse (z. B. Wachstum von Pflanzen) wieder aufgenommen wird.

Ökosystem: Zusammenspiel von Lebewesen verschiedener Arten und ihrem Lebensraum.

Pariser Abkommen; auch: Übereinkommen von Paris: Die verbindliche Vereinbarung von 196 Staaten mit dem Ziel, die Erderwärmung bei möglichst 1,5 Grad gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung zu stoppen.

Planetare Grenzen; auch: Belastungsgrenzen der Erde; Grenzen, bei deren Überschreitung die Stabilität der heutigen Ökosysteme und die Lebensgrundlagen des Menschen gefährdet sind und unumkehrbare Schäden drohen. Zu den planetaren Grenzen zählen z. B. Artensterben, Klimawandel, Wasserverbrauch und Landnutzung.

Priorisierung: Prozess, in dem festgelegt wird, was dringend ist und daher Vorrang hat.

Sektoren: Bereiche, Gebiete (z. B. Landwirtschaft, Transport).

Sektorenübergreifend: Mehrere Sektoren betreffend.

Subventionen: Geldzuschüsse vom Staat an Unternehmen, Betriebe oder Einzelpersonen, um das Wirtschaftsgeschehen zu beeinflussen. Neben Finanzhilfen und Steuervergünstigungen meinen wir hier explizit auch indirekte Subventionen.

Subventionen für fossile Energieträger: Subventionen für die Förderung, Verarbeitung und Nutzung von Kohle, Öl und Gas. Die deutsche Regierung subventioniert laut UBA Kohle, Öl und Gas mit ca. 45 Milliarden Euro pro Jahr.

Treibhausgasemissionen: Ausstoß von Gasen, die den Treibhauseffekt verstärken und so zur Erderwärmung führen (vor allem CO₂, Methan und Lachgas).

UBA: Umweltbundesamt; die zentrale staatliche Umweltbehörde Deutschlands.

Ungebremste Erderwärmung: Falls es der Menschheit nicht gelingt, die Treibhausgasemissionen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten drastisch zu reduzieren, werden wir die Kipppunkte des Klimasystems überschreiten und die Erderwärmung dann auch mit dramatischen Einsparmaßnahmen von Treibhausgasen nicht mehr stoppen können. Solange wir das 1,5°C-Ziel einhalten, wird sich das Klima langfristig auf dieser Temperatur stabilisieren und die Erde sich somit nicht weiter erwärmen.

Liebe Eltern,

seit wir in den letzten Wochen immer freitags für den Klimaschutz auf die Straße gehen, stehen wir im Fokus der Öffentlichkeit und werden beschuldigt, die Demos als Gelegenheit für das Schuleschwänzen zu nutzen. Doch das ist nicht richtig! Fridays for Future (FFF) ist eine Schülerbewegung, die sich gegen die Zerstörung der Umwelt richtet.

Mit unseren Demonstrationen wollen wir darauf aufmerksam machen, dass wir es nicht länger hinnehmen, wie manche Politiker unsere Zukunft zerstören. Wenn nicht bald etwas für den Klimaschutz unternommen wird, steigt die Erderwärmung aufgrund des Kohlenstoffdioxids kontinuierlich an. Es kommt durch das Abschmelzen der Pole zum Anstieg des Meeresspiegels – ganz Norddeutschland und die Niederlande würden überflutet werden.

Aktuell ist es noch möglich, die Entwicklungen aufzuhalten bzw. abzuschwächen. Wir wünschen uns daher einen schnellen Ausstieg Deutschlands aus der Kohleenergie, Reduzierung von nicht recycelbarem Plastik, das die Meere verschmutzt, und schließlich weniger Lebensmittelverschwendung. Dies sind nur einige unserer wichtigen Ziele.

Wir gehen absichtlich freitags während der Schulzeit auf die Demos, um mehr Aufmerksamkeit zu erlangen. Wir möchten der Regierung klar machen, dass wir so lange demonstrieren werden, bis politisch etwas für den Klimaschutz unternommen wird. Wir lassen uns nicht von Androhungen und Bußgeldbescheiden unterkriegen. Um zu verdeutlichen, wie wichtig wir unser Anliegen nehmen, finden auch in den Ferien Demonstrationen statt.

Jeder kann etwas zum Umweltschutz beitragen. Schon das Wegwerfen des Mülls in einen Mülleimer, das Nutzen von weniger Strom und das Fahren mit dem ÖPNV statt mit dem Auto trägt dazu bei.

Uns ist sehr wichtig, dass der ÖPNV weiter ausgebaut wird, damit nicht so viele Menschen auf das Auto angewiesen sind. Außerdem wollen wir, dass es kostenlose Schüler- und Studententickets gibt, um so den ÖPNV attraktiver zu machen.

Von den Eltern wünschen wir uns, dass sie uns bei unseren Zielen unterstützen und auch zu den Demos kommen, mehr auf die Umwelt achten und bei Parents For Future mitmachen, um unsere Ziele in die Gesellschaft hineinzutragen.

#FridaysForFuture

Parents For Future

Wer wir sind

Wir sind eine Gruppe von Eltern und anderen erwachsenen Menschen, die in Solidarität zur Fridays-For-Future-Bewegung stehen. Unser Ziel ist es, die jungen Menschen in ihren Forderungen nach einer konsequenten Klima- und Umweltschutzpolitik zu unterstützen. Die Gruppe ist offen für ALLE erwachsenen Unterstützer*innen – ob sie nun selbst Kinder haben oder nicht.

<https://parentsforfuture.de> <https://youtu.be/izheVHvRII0>



Verantwortungsfreudige Schülerinnen und Schüler – Sind wir erwünscht?



Gebt der Schülerschaft einen Grund, zur Schule zu gehen!

Artikel 21, Abs. 1, Grundgesetz: „Die Jugend ist in den Schulen zu freien und verantwortungsfreudigen Bürgern zu erziehen und an der Gestaltung des Schullebens zu beteiligen.“

Jedes Konzept, jedes System und jede Gesellschaft kann langfristig nur dann bestehen, wenn den Nachhaltigkeitsaspekten ausreichend Rücksicht gewidmet wird. Umso wichtiger ist es daher, all jenen das Bewusstsein für zukunfts-trächtiges Denken mit auf den Weg zu geben, die Teil dieser Zukunft sind, die sie heute noch mitgestalten können.

Der Landesschülerbeirat unterstützt die Anliegen der streikenden Schülerinnen und Schüler und ist sich der Schul-

pflicht bewusst. Dennoch wird ein respektvoller Diskurs mit den Schulleitungen erwartet.

Die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg setzen sich mit ihrer Zukunft und Umwelt auseinander. Dabei lautet das Motto: „Wofür soll ich Zeit und Kraft in die Zukunft investieren, wenn meine Umwelt keine Zukunft hat?“

Um die Unzufriedenheit auszudrücken, engagieren sich Schülerinnen und Schüler während der eigentlichen Unterrichtszeit für ihre persönlichen Anliegen. „Anstatt das Kernanliegen, den Klimaschutz, zu thematisieren“, so Leandro Cerqueira Karst, Vorsitzender des Landesschülerbeirates, „werden Verwaltungsfragen über Streikmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt gerückt.“

Der Landesschülerbeirat vertritt die Meinung, dass Prioritäten zugunsten der Umwelt und der Nachhaltigkeit auch in den

Schulen gesetzt werden müssen. So können Schülerinnen und Schüler mit den Lehrkräften zusammen einen alternativen Unterricht gestalten, ohne den Streik zwingend außerhalb der Schule auszutragen.

Klar ist aber auch, dass die Teilnahme an angemeldeten Demonstrationen mit den Lehrerinnen und Lehrern angesprochen werden muss. Das Gremium wünscht sich dabei eine verständnisvolle Kommunikation.

Kontakt für Rückfragen.
Roman Jauch
Pressesprecher
+49 (0) 172 73 888 16
pressesprecher@lsbr.de

Hintergrundinformation zum Landesschülerbeirat Baden-Württemberg

Als offizielles Beratungsgremium des Kultusministeriums und demokratisch legitimierte Vertretung von 1,5 Millionen Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg wird der Landesschülerbeirat in alle Entscheidungen der Bildungspolitik einbezogen. Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Gesetzesvorlagen werden im Gremium beraten und in Form einer Stellungnahme an das Kultusministerium und die Ministerin versandt. Außerdem arbeitet der Landesschülerbeirat an verschiedenen schülerbezogenen Themen wie Nachhaltigkeit, Schülerbeteiligung, Inklusion, Integration, Berufsorientierung, Medien, Musik und vielem mehr. Als demokratisch legitimierte Vertretung der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg ist der Landesschülerbeirat kontinuierlich in Kontakt mit der Kultusministerin und Landtagsabgeordneten sowie anderen Akteuren der Bildungspolitik.

Weitere Informationen zum Landesschülerbeirat Baden-Württemberg finden Sie im Internet unter www.lsbr.de.

Stellungnahme des Landeselternbeirats Baden-Württemberg zu „Fridays for Future!“



**Landeselternbeirat
Baden-Württemberg**
Eltern MitWirkung

Der Landeselternbeirat (LEB) hat sich auf seiner Sitzung am 10.04.2019 ausführlich mit den Schüler-

rinnen- und Schüler-Protesten „Fridays for Future“ befasst und beschlossen, folgende Stellungnahme abzugeben:

Der LEB ist beeindruckt vom Verantwortungsbewusstsein unserer Schülerinnen und Schüler, das sich in ihrem Engagement bei den Protesten rund um „Fridays for Future“ ausdrückt.

Der LEB ist sich dessen bewusst, dass wir, die Elterngeneration, bei der Frage des verantwortungsbewussten Umgangs mit diesem Planeten versagt haben. Wir schließen in die Gruppe derer, die versagt haben, ganz ausdrücklich auch die Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Wirtschaft mit ein. Wir alle machen uns fortwährend schuldig an diesem Planeten, an unserer Umwelt, an den kommenden Generationen. Mit Entsetzen müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass immer noch kurzfristige Eigeninteressen und das Streben nach eigenem Profit ebenso wie die eigene Bequemlichkeit offensichtlich einen höheren Stellenwert haben als unsere Zukunft, vor allem aber auch die Zukunft unserer Kinder. (Dies wird übrigens auch gut illustriert durch die rüde Art, mit der unsere Landesregierung die Bildung im Land tot spart.)

Dass unsere Kinder nun klar Position beziehen, ist für uns ein Hoffnungszeichen und muss für uns eine Ermunterung zu anderem Denken und vor allem auch zu anderem Handeln sein.

Die Schülerinnen und Schüler gehen hier mutig voran. Wir sollten uns hier mitnehmen lassen, sie bitten, uns mitzunehmen.

Daher ruft der Landeselternbeirat alle Menschen in unserem Land auf, die Proteste „Fridays for Future“ sehr ernst zu nehmen und die Entschlossenheit und den Mut der Schülerinnen und Schüler hoch zu schätzen.

Ebenso rufen wir alle Eltern, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer auf, sich dem offenen Dialog mit den Vertreterinnen und Vertretern von „Fridays for Future“ zu stellen.

Reden alleine aber reicht nicht mehr, auch da hat „Fridays for Future“ völlig recht. Daher rufen wir dazu auf, im Dialog Handlungsfelder in unserem direkten Lebensumfeld auszumachen – Familie, Schule, Gemeinde – in denen wir handeln können. Und wir müssen alle bereit sein, unsere Lebensweise danach umzustellen.

Jenen Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, die ihren eigenen Profit vor die Zukunft unserer Erde stellen, müssen wir entschlossen entgegentreten.

Jenen Politikerinnen und Politikern, die allenfalls halbherzig und weitgehend ineffektiv die Sache des Schutzes unseres Planeten betreiben, müssen wir klar machen, dass sie, wenn sie so weiter machen, jedes Vertrauen ihrer Wählerschaft verlieren.

Unsere Generation hat hier bisher versagt. Lassen wir uns von den Schülerinnen und Schülern ermuntern und ermutigen, gemeinsam mit ihnen aktiv zu werden. Wir werden die Aktionen der Schülerinnen und Schüler nicht einfach übernehmen. Diese sind ihre Leistung!

Machen wir uns nichts vor: Es kann nicht bei Diskussionen und Demonstrationen bleiben. Wir müssen alle daran gehen, unseren Lebensstil zu überdenken und dann auch wirklich neu auszurichten.

Für den 18. Landeselternbeirat

Dr. Carsten T. Rees
Vorsitzender

Freiburg, den 15.05.2019



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT
DIE MINISTERIN

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Postfach 10 34 42 • 70029 Stuttgart

An die Schulleitungen
der öffentlichen und
privaten Schulen

Stuttgart 26. Februar 2019

Aktenzeichen P
(Bitte bei Antwort angehen)

 Das Engagement unserer Schüler für den Klimaschutz ernst nehmen

Liebe Schulleiterinnen und Schulleiter,

Woche für Woche gehen bundesweit tausende Jugendliche auf die Straße, um sich für den Klimaschutz einzusetzen – auch bei uns in Baden-Württemberg. Der Klimawandel ist unbestritten schon heute spürbare Realität und eine unserer zentralen globalen Herausforderungen. Dass der Klimawandel auch regionale Konsequenzen hat, das haben wir im vergangenen Sommer wohl alle endgültig gemerkt. Das ausdauernde Engagement unserer Schülerinnen und Schüler zeigt, wie wichtig ihnen dieses Thema ist. Sie machen sich Gedanken über ihre Zukunft und die unserer Umwelt. Dafür habe ich großes Verständnis, auch beeindruckt mich das Engagement der Schüler sehr.

Ich bin deshalb der Auffassung, dass wir dieses Interesse und das Bewusstsein unserer Schüler für den Klimaschutz ernst nehmen müssen. Selbstverständlich müssen wir, die Schulverwaltung gemeinsam mit Ihnen als Schulleiterinnen und Schulleiter, über die Einhaltung der Schulpflicht wachen. Viele von Ihnen haben gute und pragmatische Lösungen gefunden, wie Sie mit dem Fernbleiben der Schüler umgehen. Erst kürzlich las ich in der Presse von einem Lehrer, der seinen Schülern die Aufgabe gegeben hat, in einem Aufsatz über das Spannungsfeld von „Rechten und Pflichten“ zu reflektieren. Das halte ich für eine pädagogisch angemessene und vorbildliche Reaktion.

Bei allem Verständnis für das berechtigte Anliegen der Schüler kann es natürlich trotzdem nicht sein, dass der Unterricht dauerhaft freitags ausfällt. Aus diesem Grund rege ich an, dass wir das Thema von der Straße ins Klassenzimmer holen.

- 2 -

Die Bildungspläne bieten dafür zahlreiche Anknüpfungspunkte, insbesondere durch die Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Ich weiß, dass die Schulen in Baden-Württemberg hier alles andere als untätig sind. Es gibt Umwelt-AGs, Schulgärten oder Schülerfirmen, die sich mit fairen und nachhaltigen Produktionsweisen beschäftigen, sowie Unterrichtseinheiten und Projekte, die sich dem Klimawandel widmen. Das starke Interesse der Schüler weist darauf hin, dass wir genau diesen Weg stärker verfolgen sollten. Sei es durch Unterrichtseinheiten oder im Rahmen von Projekttagen, die den Klimawandel, seine Ursache, Folgen und Dimensionen im globalen Kontext aufgreifen, aber auch die Zusammenhänge und die Bedeutung für unser Land und unsere hiesige Umwelt deutlich machen.

Die Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verfolgt das Ziel, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst für den Schutz der Umwelt und für eine gerechte Weltgesellschaft für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln. Dies betrifft vor allem die Beachtung der natürlichen Grenzen der Belastbarkeit des Erdsystems sowie den Umgang mit sozialen und globalen Ungerechtigkeiten. Lehrerinnen und Lehrer erhalten über die Internetplattform des Bildungsplans dazu passende Informationen und Unterstützungsangebote für den Unterricht. Ein Beispiel ist das simulationsorientierte Rollenspiel „World Climate“. Auch das Umweltministerium bietet vielfältige Projekte, Materialien sowie die Internetplattform „KlimaNet Baden-Württemberg“ (<https://www.klimanet.baden-wuerttemberg.de>) zur Unterstützung an. Hier erhalten Schulen Hintergrundinformationen sowie konkrete Angebote für die Vertiefung von klimarelevanten Fragestellungen im Unterricht. Die Plattform bietet auch Anregungen für eigene Klimaschutzprojekte – von der Idee bis zur Umsetzung.

Ich bitte Sie: Nutzen Sie diese Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten, um gemeinsam mit Ihren Schülerinnen und Schülern die gesellschaftlichen Herausforderungen des Klimawandels in der Schule zum pädagogischen Thema zu machen. Lassen Sie uns den Schülern damit zeigen, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen und dass ihr Engagement etwas bewirkt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Susanne Eisenmann

Der 18. Landeselternbeirat

Geschäftsstelle des LEB

Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/741094, Telefax 0711/741096, Mail: info@leb-bw.de

Geschäftsführender Vorstand:

Vorsitzender:

Stellv. Vorsitzende:

Kassenwart:

Stellv. Kassenwartin:

Schriftführerin:

Dr. Carsten T. Rees

Matthias Fiola, Petra Rietzler, Friedrich-Wilhelm Behrens

Dr. Matthias Zimmermann

Sigrid Maichle

Carmen Haaf

	Regierungsbezirk Freiburg	Regierungsbezirk Karlsruhe	Regierungsbezirk Stuttgart	Regierungsbezirk Tübingen
Grundschule	Sandra Hans Mail: hans@leb-bw.de	Katrin Ballhaus Mail: ballhaus@leb-bw.de	Doreen Halm Mail: halm@leb-bw.de	Marc Scheerle Mail: scheerle@leb-bw.de
Gemeinschafts- schule	Petra Rietzler Mail: rietzler@leb-bw.de	Nicole Nicklis Mail: nicklis@leb-bw.de	Ulrich Kuppinger Mail: kuppinger@leb-bw.de	Sabine Buchmann-Mayer Mail: buchmann-mayer@leb-bw.de
Werkrealschule/ Hauptschule	Gabriele Hils Mail: hils@leb-bw.de	Mathias Fey Mail: fey@leb-bw.de	nicht besetzt	Norbert Hölle Mail: hoelle@leb-bw.de
Realschule	Jutta Luem-Eigenmann Mail: luem-eigenmann@leb-bw.de	Carmen Haaf Mail: haaf@leb-bw.de	Manuela Afolabi Mail: afolabi@leb-bw.de	Dieter Schmoll Mail: schmoll@leb-bw.de
Gymnasium	Dr. Carsten Thomas Rees Mail: rees@leb-bw.de	Dr. Matthias Zimmermann Mail: zimmermann@leb-bw.de	Anja Wild Mail: wild@leb-bw.de	Stephan Ertle Mail: ertle@leb-bw.de
Sonderpäd. Bil- dungs- und Bera- tungszentren	Friedrich-Wilhelm Behrens Mail: behrens@leb-bw.de	Natali Mayer Mail: mayer@leb-bw.de	Nancy Ohlhausen Mail: ohlhausen@leb-bw.de	nicht besetzt
Berufsschule	Heike Stöckmeyer Mail: stoeckmeyer@leb-bw.de	Michael Th. Schäfer Mail: schaefer@leb-bw.de	Dunja Recht Mail: recht@leb-bw.de	Matthias Fiola Mail: fiola@leb-bw.de
Berufliches Gymnasium	Joachim Dufner Mail: dufner@leb-bw.de	Daniel Kappius-Kralik Mail: kappius-kralik@leb-bw.de	Sabine Wassmer Mail: wassmer@leb-bw.de	Sigrid Maichle Mail: maichle@leb-bw.de
Schulen in freier Trägerschaft	Astrid Egerer Mail: egerer@leb-bw.de			

Cartoon zum Schluss



Schule im Blickpunkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

gut und aktuell
informiert durch's Schuljahr
für nur € 12,-



Schule im Blickpunkt informiert engagierte Eltern und Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch **Schule im Blickpunkt** viele Hilfestellungen, Einblicke in diverse schulrelevante Themengebiete sowie Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Abonnieren Sie **Schule im Blickpunkt** als Schule oder Elternbeirat für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z. B. auch über Sponsoring geschehen.

Bleiben Sie informiert: Sofern Sie noch nicht zum Abonnenten- oder Empfängerkreis gehören, empfehlen wir Ihnen als interessierte Eltern, sich diese Zeitschrift für den eigenen persönlichen Gebrauch zu abonnieren.

Bestellcoupon ausfüllen und senden an:

Neckar-Verlag GmbH • D-78045 Villingen-Schwenningen

Telefon +49 (0) 7721/8987-0 • Fax -50 • E-Mail: bestellungen@neckar-verlag.de • Internet: www.neckar-verlag.de

Bestellcoupon

Hiermit bestelle ich auf Rechnung (zzgl. Versandkostenanteil)

___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Jahresabonnement** € 12,-
___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Leseexemplar** € ---

Schule im Blickpunkt

- erscheint sechsmal jährlich
- 1. Ausgabe eines Jahrganges erscheint zum Schuljahresanfang

Jahresabonnement € 12,-
Einzelpreis € 2,50
jeweils zzgl. Versandkosten

Meine Anschrift

Kd.-Nr.:

Datum und rechtsverbindliche Unterschrift

Widerrufsrecht bei Bestellungen: 14 Tage. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (schriftlich).
Datenschutz: Ihre Daten speichern wir zur Geschäfts- und Bestellabwicklung und um Sie über unsere Neuheiten im Bereich Schule per Post zu informieren.
Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter www.neckar-verlag.de.